



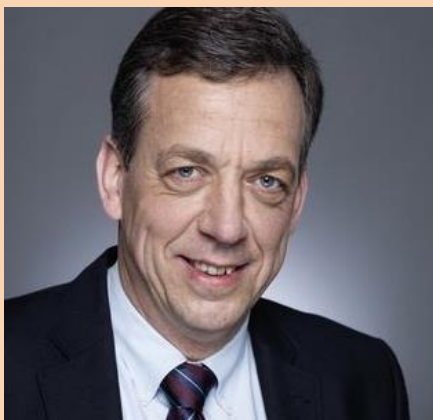
# LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

## EDITORIAL



**Liebe Leserinnen und Leser,**

das Covid-19 Virus beeinflusst unsere Gesellschaft und unser Alltagsleben weiter erheblich. Gegenwärtig gelten alle Anstrengungen dem Ziel, zu verhindern, dass das Geschehen außer Kontrolle gerät. Es ist zu hoffen, dass unsere Bevölkerung zum überwiegenden Teil weiter mit Disziplin und Verantwortung dieser Herausforderung begegnet.

Im niedersächsischen Landtag und in unseren Landkreisen, Städten und Kommunen laufen derzeit die Haushaltsberatungen für das Jahr 2021. Beim Land schlagen die rückläufigen Steuererhöhungen schon durch. Alles blickt mit Sorge der Novembersteuerschätzung entgegen.

Auf der kommunalen Ebene wird das Haushaltsjahr 2021 noch weitgehend „unbelastet“ sein. Die Finanzhilfen des Bundes, welche in Teilen durch die Bundesländer aufgestockt wurden und der verzögerte Nachlauf aus den Berechnungssystemen - basierend auf dem Steueraufkommen des Vorjahres - werden dazu führen, dass wir auf der kommunalen Ebene die ganze Härte der wirtschaftlichen Folgen dieser Pandemie, erst ab 2022 und damit nach den Kommunalwahlen in Niedersachsen zu spüren bekommen werden.

Deshalb sollten wir uns davor hüten, der Bevölkerung zu große Versprechungen zu machen. Die „fetten Jahre“ für die Kommunen sind bis auf Weiteres vorbei.



## Seefried und Dammann-Tamke: Stärkung der Elbe Kliniken und der Klinik Dr. Hancken in Stade: Ein starkes Zeichen für die Gesundheitsversorgung in der Region

**Landkreis Stade.** Wie die CDU-Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke mitteilen, werden durch das Land für die Elbe Kliniken Stade und die Klinik Dr. Hancken weitere Investitionsmitteln eingeplant. In der gestrigen Sitzung des Krankenhausplanungsausschusses des Landes wurden die Grundlagen für eine deutliche Stärkung des Standortes Stade gelegt.

Für die Elbe Kliniken Stade werden rund 2,8 Millionen Euro eingeplant um in Baumaßnahmen für die Aus- und Weiterbildung investieren zu können. Die Elbe Kliniken betreiben seit Jahrzehnten medizinische Fachschulen, unter anderem eine Pflegeschule mit 150 Plätzen. Diese Kapazitäten sollen deutlich erweitert werden. Erste Schritte können mit den jetzt eingeplanten Mitteln gegangen werden. Dies ist insofern besonders schön, als der Bedarf zu jedem Ausbildungsstart die Kapazitäten regelmäßig übersteigt. Die Ausbildung an den Elbe Kliniken besteht unter anderem aus einem individuellen Lerncoaching und erfolgt gemeinsam im Ausbildungsverbund mit mehreren Berufsbildenden Schulen. Geplant ist die Schaffung von 75 neuen Ausbildungsplätzen.



Auch die Klinik Dr. Hancken soll mit 24 Millionen Euro beim dem geplanten Bau eines neuen Bettenhauses für die Onkologie und für die Palliativmedizin unterstützt werden. Dies ist notwendig, um den öffentlichen Versorgungsauftrag für die nächsten Jahrzehnte erfüllen zu können und um die Klinik zukunftssicher zu machen. Erst durch den Kauf eines bisher durch die Polizei genutzten Gebäudes in unmittelbarer Nachbarschaft ist diese Maßnahme möglich geworden, da nun auch die räumlichen Kapazitäten für eine Erweiterung bestehen. „Wir freuen uns, dass zukünftig noch mehr Auszubildende von der guten Arbeit, die bereits

jetzt hier geleistet wird, profitieren können. Wir wissen alle um den Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen und dürfen keine jungen Menschen von der Ausbildung abhalten“, stellen Kai Seefried und sein Landtagskollege Helmut Dammann-Tamke fest. Beide hatten sich auf der Landesebene für die Verbesserung der Ausbildungskapazitäten in den Elbe Kliniken eingesetzt. „Das die Planungen der Klinik Dr. Hancken für ein neues Bettenhaus jetzt auch durch das Land abgesichert werden, ist eine besonders gute Nachricht für die Region. Nachdem vor einigen Monaten der Kauf des bisherigen Polizeigebäudes geklärt werden konnte, ist dies ein weiterer wichtiger und positiver Schritt für die Gesundheitsversorgung in der Region“, ergänzt Kai Seefried.

## Schmädeke: Wolf bei der anstehenden Novelle in das Jagdrecht aufnehmen und eine Untergrenze für die Wolfspopulation festlegen

**Hannover.** „Mit populistischen Forderungen in der Wolfspolitik wie denen der FDP würden wir spätestens bei der Umsetzung alle Schiffbruch erleiden. Wir brauchen stattdessen ein auf allen Ebenen, von Hannover über Berlin bis Brüssel, abgestimmtes und vor allem umsetzbares Maßnahmenpaket für das Wolfsmanagement“, so der Agrarexperte Frank Schmädeke.

„Wir brauchen ein regulatorisches Werkzeug, um ein vernünftiges und tolerantes Nebeneinander von Menschen, Nutz- und Weidetieren und Wölfen zu ermöglichen. Für ein effektives Wolfsmanagement muss akzeptiert werden, dass der „Gute Erhaltungszustand“ in Deutschland erreicht ist. Bundesumweltministerin Svenja Schulze ist gefordert, endlich Regeln für den günstigen Erhaltungszustand zu finden“, so Schmädeke.



„Die Koalitionsfraktionen werden in Kürze einen Entschließungsantrag vorlegen, der im Kern beinhaltet, den Wolf bei der anstehenden Novelle in das Jagdrecht aufzunehmen und die Forderung, dass Deutschland nach dem französischen Vorbild eine Untergrenze für die Wolfspopulation festlegt“, so der CDU-Abgeordnete weiter. Man wolle überzählige Wölfe nicht mit der „Rasenmäher-Methode“ entnehmen, sondern wolle eine klar definierte Untergrenze, die die Möglichkeit biete „Problemwölfe“ oder auch „Problemrudel“ unbürokratisch, rechtssicher und zeitnah entnehmen zu können.

## Bäumer: Suche nach einem atomaren Endlager eignet sich nicht für populistische Debatten oder politische Farbenspiele

**Hannover.** „1977 wurde Gorleben aus 14 möglichen Standort schlussendlich ausgewählt. Der Rest der Geschichte ist bekannt: Viele Jahre und einige Milliarden Euro später wurde das Projekt beendet“, erinnert der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Martin Bäumer während der Debatte um die Endlagersuche im Landtag.



„Das Aus für Gorleben wurde vor Ort kräftig gefeiert, aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weite Teil des Wendlandes von der BGE nach aktuellen Stand als potentielles Endlager betrachtet werden“, so Bäumer. Aber anders als vor 43 Jahren sei das Wendland aktuell nicht allein.

„Nachdem es bis zum 27. September 2020 eine weiße Landkarte gab, sind seit dem 28. September 2020 mehr als 54 Prozent der Fläche Deutschlands nach aktuellem Stand potentiell als Endlager geeignet“, erläutert der Umweltpolitiker. Die Veröffentlichung der aktuellen Suchräume habe allerdings in vielen Teilen Niedersachsens für Betroffenheit gesorgt. Wer hätte gedacht,

dass auch vor seiner Haustür nach einem Endlager gesucht werden könnte? „Ich bin froh, dass auch Bayern und Baden-Württemberg Suchräume haben. Denn nach dem politischen Sankt-Florians-Theater aus Bayern hätte es der Glaubwürdigkeit massiv geschadet, wenn der Eindruck entstehen würde, man könne sich politisch aus dem

Suchverfahren verabschieden“, so Bäumer. Neben der Kritik aus Bayern am Verfahren werde auch in Niedersachsen das Standortauswahlverfahren und die aktuelle Karte von grünen Landtagsabgeordneten schon mal als „sehr schlechte Nachricht für die Menschen in der Region“ bezeichnet oder behauptet, es sei „schwer vermittelbar, dass wir jetzt auch noch möglicher Endlagerstandort werden könnten.“

„Beide Äußerungen tun etwas, vor dem ich dringend warnen möchte. Sie stellen das Verfahren an sich in Frage. Vielleicht sind sie der politischen Unerfahrenheit geschuldet, aber die Suche nach einem atomaren Endlager eignet sich nicht für populistische Debatten oder politische Farbenspielchen“, so der CDU-Politiker.

## Schepelmann: Nicht in Auflagen und Vorschriften versinken – Enquetekommission Ehrenamt nimmt Arbeit auf

**Hannover.** Die Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ hat ihre Arbeit aufgenommen. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft wollen die Kommissionsmitglieder Wege aufzeigen, wie strukturelle Hürden beseitigt und mehr Frauen, junge Erwachsene und Menschen mit Migrationshintergrund für eine ehrenamtliche Tätigkeit begeistert werden können. „Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass Niedersachsen auch in 50 Jahren noch Ehrenamtsland ist“, sagt Jörn Schepelmann, Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in der Enquetekommission.

„Unser Ziel ist, die Freiwilligenarbeit zu entbürokratisieren, um das Ehrenamt wieder attraktiver zu machen“, so Schepelmann weiter. „Die Bürgerinnen und Bürger sollen Spaß daran haben, Verantwortung für andere zu übernehmen, ohne in Vorschriften und Auflagen zu versinken. Außerdem wollen wir die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt verbessern und den Anteil von Frauen und jungen Erwachsenen erhöhen.“



„Im Zuge der heutigen Konstituierung wurde deutlich, welche große Bedeutung das Land dem Ehrenamt in allen gesellschaftlichen Bereichen zumisst und wie wichtig die ehrenamtlich Tätigen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Wir wollen daher fraktionsübergreifend zu guten Ergebnissen kommen“, sagt Schepelmann abschließend. Binnen eines Jahres wolle man dem Landtag konkrete Vorschläge unterbreiten.

## Siemer: Fordern rechtsstaatliche Prinzipien von EU-Partnern ein – LGBT-freie Zonen widersprechen gemeinsamen Werten

**Hannover.** Die Regierungsfractionen von CDU und SPD fordern in einem gemeinsamen Entschließungsantrag, dass grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien auch in Partnerländern der EU eingehalten werden. „Mit Sorge blicken wir nach Ungarn und Polen, wo Menschenrechte, die Unabhängigkeit der Justiz und Pressefreiheit zusehends unter die Räder der nationalpopulistischen Regierungspolitik geraten“, sagt der europapolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Stephan Siemer. „Immer mehr Regionen in Polen erklären sich zu schwulen- und lesbenfreien Zonen. Diese Diskriminierung von Menschen hat mit den Werten der EU nichts zu tun.“ „Schon weil wir mit zwei polnischen Woiwodschaften eine enge Partnerschaft pflegen, sollten wir dazu Stellung nehmen und klare Forderungen aufstellen“, so Siemer weiter. In ihrem heute beschlossenen Antrag wollen



CDU und SPD unter anderem die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien knüpfen und die Diskriminierung von Schwulen und Lesben bei den polnischen Partnern thematisieren. Bei künftigen internationalen Partnerschaften sollen die europäischen Grundwerte als Maßstab dienen.



## Schünemann: Extremisten identifizieren und aus dem öffentlichen Dienst entfernen

**Hannover.** „Die schockierenden rechtsextremistischen Vorfälle in der nordrhein-westfälischen Polizei sollten auch Anlass für zusätzliche präventive Maßnahmen in Niedersachsen sein“, so der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann. Bereits seit langem werde in Niedersachsen sowohl bei der Ausbildung an der Polizeiakademie als auch durch Fortbildungsmaßnahmen großen Wert auf Demokratieentwicklung und Abgrenzung von jeglicher Form des Extremismus sowie der Radikalisierung gelegt. „Entsprechende Aus- und Fortbildungsinhalte werden fortwährend weiterentwickelt und intensiv genutzt. Dazu zählt die Initiative „Polizeischutz für Demokratie“. Eine sozialwissenschaftliche Betreuung wird an der zentralen Polizeidirektion angeboten. Zudem ist eine systematische Einsatznachbereitung obligatorisch“, so der Innenexperte. Dennoch bestehe weiterer Handlungsbedarf.

„Neben polizeispezifischen Initiativen müssen auch für den gesamten öffentlichen Dienst neue Wege beschritten werden. Denn extremistische Bestrebungen können nicht nur innerhalb der Polizei unsere Demokratie gefährden“, so Schünemann. „Dazu müssen Regelabfrage beim Verfassungsschutz bei Einstellung im Bereich der Sicherheitsbehörden, der Justiz und der Bildung genauso gehören, wie die Einrichtung einer verwaltungsinternen unabhängigen Meldestelle, bei der anonym Hinweise auf Extremismus eingehen könne“, erläutert der Innenpolitiker. Dies könne zum Beispiel vergleichbar dem Korruptionsmeldeportal, online über ein anonym zu erreichendes elektronisches Postfach geschehen.



„Auch die Anlassunabhängige datenschutzrechtliche Kontrolle dienstlicher Kommunikationsmittel und EDV, mit denen personenbezogene Daten zu polizeilichen Zwecken verarbeitet werden, muss ein weiterer Baustein sein“, so Schünemann. Die gesetzlich vorgeschriebenen stichpunktartigen Kontrollen müssen regelmäßig durchgeführt werden. Dies gelte z. B. auch für die Nutzung des Polizeimessenger NIMes.

## Dammann-Tamke: Weckruf der Landwirtschaftsministerin gilt allen Beteiligten ihrer Verantwortung nachzukommen

**Hannover.** „Wir sind unserer Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast dankbar für die heutige Unterrichtung im Landtag. Ihr Weckruf hat uns allen noch einmal gezeigt, wie toxisch die Mischung aus Covid19 und internationalen Handelsrestriktionen bedingt durch ASP für die niedersächsischen Schweinehalter ist“, erklärt Helmut Dammann-Tamke, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender.



„Barbara Otte-Kinast hat deutlich gemacht, dass der Gesundheitsschutz der Mitarbeiter auf den Schlachthöfen für uns höchste Priorität hat. Gleichzeitig stellt die sinkende Schlachtkapazität unsere Schweinehalter vor nahezu unlösbare Probleme“, so der Agrarexperte. „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass jeden Tag neue Ferkel geboren werden und gleichzeitig die benötigten Schlachtkapazitäten nicht annähernd zur Verfügung stehen. Die Dramatik dieser Situation wird kontinuierlich weiter zu anwachsen. Wir werden übervolle Ställe bekommen und damit erhebliche Tierschutzprobleme“, so Dammann-Tamke.

„Unsere Schweinehalter stehen unter enormen Druck. Neben den wirtschaftlichen Einbußen ist es besonders eine emotionale Belastung. Für die Landwirte, ihre Mitarbeiter sowie für die dahinterstehenden Familien. Wir schauen im Moment einer Situation entgegen, in der wir in einen schwierigen Abwägungsprozess gelangen werden. Schwerwiegende Tierschutzsituationen in den Betrieben hinzunehmen, oder Tiere ohne eine Verwertung als Lebensmittel zu töten und zu entsorgen“, so Dammann-Tamke. „Alle Beteiligten in der Wertschöpfungskette sind deshalb gefordert ihren Beitrag im Sinne einer Lösung zu erbringen. Wir werden unsere Landwirtschaftsministerin bei ihren notwendigen Aktivitäten dazu in Niedersachsen, im Bund und mit den Akteuren hier vor Ort zu unterstützen“, so Dammann-Tamke.

## TERMINE KAI SEEFRIED

**9. Oktober 19.30 Uhr**  
Wahlkreismitgliederversammlung  
für die Kandidatenaufstellung für  
den Bundestag im WK 29  
(Cuxhaven-Stade II) in Cuxhaven

**15. Oktober 18.00 Uhr**  
Parteientreffen der IHK in Stade

**15. Oktober 20.00 Uhr**  
Bezirksvorstandssitzung CDU  
Elbe-Weser in Fredenbeck

**16. Oktober ab 18.00 Uhr**  
Begleitung einer Nachtschicht bei  
der Polizei

**28. Oktober 19.00 Uhr**  
Mitgliederversammlung CDU  
Fredenbeck

**30. Oktober 16.00 Uhr**  
Auftakt Kommunalwahl

**7. November 9.30 Uhr**  
CDU-Landesparteitag in  
Hannover

## TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

**13. Oktober 19.00 Uhr**  
Vortrag bei den Landfrauen  
Apensen in Ruschwedel

**15. Oktober 18.00 Uhr**  
Parteientreffen der IHK in Stade

**15. Oktober 20.00 Uhr**  
Bezirksvorstandssitzung CDU  
Elbe-Weser in Fredenbeck

**24. Oktober 9.30 Uhr**  
Klausurtagung der  
Kreistagsfraktion in Buxtehude

**7. November 9.30 Uhr**  
CDU-Landesparteitag in  
Hannover

*Die hier dargestellten Termine sind nur  
eine kleine Auswahl der Termine der  
beiden Landtagsabgeordneten.*

## Jasper: Können Corona-Pandemie nicht ungeschehen machen, aber der Kultur eine Perspektive in der Krise geben

**Hannover.** „Wir können die Corona-Pandemie nicht ungeschehen machen und finanziell keinen vollkommenen Ausgleich schaffen. Aber wir können in dieser Krise der Kultur eine Perspektive geben“, erklärte Kulturexperte Burkhard Jasper zu Beginn der aktuellen Stunde der CDU-Fraktion im Plenum. Das Programm „Niedersachsen dreht auf“ sei unbürokratisch, umfassend und berücksichtige beispielsweise auch Ton- und Lichttechniker sowie regional verankert. Die Abwicklung erfolge über Landschaften und Landschaftsverbände.

„Es nützt nichts, Einzelnen Geld auszuzahlen. Wir müssen verhindern, dass die Strukturen in der kulturellen Szene wegbrechen, damit Soloselbstständige auch in Zukunft auftreten können und Engagements erhalten“, so der Abgeordnete.

Mit dem Programm „Niedersachsen dreht auf“ solle die Vielfalt des kulturellen Lebens in der gesamten Fläche Niedersachsens gesichert werden. Dafür werde sich die CDU-Fraktion auch zukünftig einsetzen.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Kai Seefried MdL  
Helmut Dammann-Tamke MdL

### Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade  
Poststr. 34  
21682 Stade

### Kontakt

E-Mail: [mail@kai-seefried.de](mailto:mail@kai-seefried.de)  
E-Mail: [wahlkreisbuero@dammann-tamke.de](mailto:wahlkreisbuero@dammann-tamke.de)  
Telefon: 04141/ 5186-11

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

### Weitere Infos:

[www.kai-seefried.de](http://www.kai-seefried.de) oder [www.dammann-tamke.de](http://www.dammann-tamke.de)